

Rathaus / Barfüssergasse 24  
4509 Solothurn  
Telefon 032 627 20 79  
Telefax 032 627 22 69  
pd@sk.so.ch  
www.parlament.so.ch

## Überparteiliche dringliche Interpellation

Remo Bill SP, Erstunterzeichner

Richard Aschberger SVP, Hubert Bläsi FDP, Peter Brotschi CVP, Nicole Hirt GLP, Angela Kummer SP

### Verlegung / Schliessung des Bundesamts für Wohnungswesen (BWO) in Grenchen

Der Bund hatte vor bald 30 Jahren beschlossen, diverse Bundesstellen in die Kantone zu verlegen, statt alle in Bern zu konzentrieren. Dem Kanton Solothurn wurde (1995) das Bundesamt für Wohnungswesen, Neuchâtel, das Bundesamt für Statistik und Biel das Bakom zugesprochen. Aus den Medien mussten wir entnehmen, dass das Bundesamt für Wohnungswesen in Frage gestellt wird bzw. verschiedene Optionen bis hin zu einer Aufhebung des Standortes Grenchen geprüft werden.

Der Wegzug des BWO wäre für die Region ein herber Verlust; rund 50 Arbeitsplätze gingen verloren. Es ist schwer nachvollziehbar, weshalb das Thema Wohnen / Wohnbauförderung ausgerechnet heute kein wichtiges Anliegen mehr sein sollte. Besonders wertvoll sind zudem die «Grenchner Wohntage», die seit vielen Jahren in Grenchen zur Durchführung gelangen und schweizweit Architekten wie auch Planer an die Veranstaltungen ziehen. Diese Anlässe werden zudem vom Kanton Solothurn und von der Stadt Grenchen massgeblich unterstützt. Ein Wegzug des Bundesamts wäre auch deshalb unverständlich, weil Grenchen in der Hauptstadtregion zu einem der wenigen Top-Entwicklungsstandorte bestimmt wurde.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Regierungsrat um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Ist die Regierung bereit, sich gegen diese Abbaupläne des Bundes einzusetzen?
2. Was unternimmt die Regierung, damit dieses einzige Bundesamt im Kanton Solothurn bleibt?
3. Wieviele Arbeitsplätze des Bundes würden nach einem Wegzug des BWO im Kanton Solothurn noch verbleiben?
4. Erfolgt eine allfällige Verlegung des BWO aufgrund von allgemeinen Zentralisierungsbestrebungen des Bundes oder ist der Kanton Solothurn als einziger betroffen?
5. Ist der Regierung bekannt, ob der Bund ggfs. Kompensationsmassnahmen vorsieht, z.B. durch die Ansiedlung von anderen Dienststellen?
6. Ist die Regierung über die Pläne des Bundesrates vorgängig konsultiert worden?
7. Wie könnten die Grenchner Wohntage erhalten bleiben?

**Zur Dringlichkeit:** Dem Vernehmen nach will der Bundesrat bereits im Mai 2018 entscheiden. Eine unverzügliche Behandlung des Vorstosses ist deshalb opportun.

Unterschriften:

.....

.....

.....